

## Beschluss Aufstellung der Liste für die Wahl zum Abgeordnetenhaus

Gremium: MVV  
Beschlussdatum: 16.03.2024  
Tagesordnungspunkt: 0.6. Anträge

### Antragstext

- 2 Der Kreisverband Tempelhof-Schöneberg fordert den Landesvorstand auf, bei der  
3 Aufstellung der Liste für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus ein Verfahren  
4 zu erarbeiten, das folgende Punkte berücksichtigt:
- 5 1) Repräsentation der Bezirke unter Ausgleich von Ungleichheiten, die durch  
6 Direktmandate zu erwarten sind – dabei vor allem eine angemessene Repräsentation  
7 der „Kleinen Kreisverbände“ und Stadtrandbereiche.
  - 8 2) Sicherstellung von Expertise in allen Politikfeldern auf der Liste, z.B.  
9 durch Vertreter\*innen der Landesarbeitsgemeinschaften und Menschen verschiedener  
10 fachlicher Hintergründe.
  - 11 3) Aufstellung einer vollständig paritätisch besetzten Liste gemäß Frauenstatut
  - 12 4) Diversitätsförderung und Abbildung unterrepräsentierter Gruppen gemäß ihrer  
13 Anzahl in der Berliner Bevölkerung
  - 14 5) die Repräsentation aller Altersgruppen und die Berücksichtigung der GRÜNEN  
15 JUGEND Berlin
  - 16 6) Nachwuchsförderung durch die Neuenquote für jeden dritten Platz
  - 17
  - 18 7) die Wahl der Liste über ein möglichst basisdemokratisches Verfahren
- 19 Der Erhalt von Mechanismen wie der Neuenquote ist für uns von großer Bedeutung.  
20 Gleichzeitig sehen wir Verbesserungspotential beim Verfahren der  
21 Listenaufstellung, damit die Stadtgesellschaft noch besser abgebildet werden  
22 kann als bisher. Wir fordern den Landesvorstand daher auf, das bisherige  
23 Aufstellungsverfahren über die Landesliste unter Berücksichtigung der oben  
24 genannten Punkte dahingehend weiterzuentwickeln, dass eine größere Transparenz  
25 und eine gerechte Repräsentation der verschiedenen Interessen im Landesverband  
26 in der Abgeordnetenhausfraktion gewährleistet ist.

### Begründung

Das Verfahren zur Aufstellung der Liste für die Wahl zum Abgeordnetenhaus wird stellenweise als intransparent und nicht repräsentativ empfunden. Der Stimmenzuwachs bei der letzten Wahl hat zu einer größeren Bedeutung der Direktmandate und geringeren Bedeutung der Landesliste bei der Vergabe der Mandate geführt. Es ist daher zu prüfen, ob das bisherige Aufstellungsverfahren angepasst werden muss, um eine gerechte Vertretung aller Teile der Partei und der Berliner Bevölkerung in der Fraktion zu gewährleisten. Die Bezirksgruppe Tempelhof-Schöneberg hat nach eingehender Diskussion oben genannte Punkte erarbeitet, die für uns zwingend beim Aufstellungsverfahren der Liste beachtet werden müssen.

Im Einzelnen:

1) Um als Partei in die Breite zu wachsen, müssen wir vor allem in den Außenwahlkreisen stärker präsent sein, um nicht mehr als „Innenstadtpartei“ wahrgenommen zu werden. Dafür ist es unbedingt notwendig, dass die mitgliederschwächeren Kreisverbände, die vor allem in den Außenbezirken liegen, in der Abgeordnetenhausfraktion stark vertreten sind, um den Belangen der Außenbezirke ausreichend Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig sollten die Bezirke gerecht vertreten sein und die Überrepräsentation von einzelnen Bezirken vermieden werden. Erwartete Direktmandate sollten bei der Listenaufstellung entsprechend berücksichtigt werden.

2) Wir verstehen uns als sach- und wissenschaftsorientierte Partei, für die fachliche Expertise bei politischen Entscheidungen eine große Rolle spielt. Daher ist es wichtig, dass möglichst alle Politikfelder von kompetenten Fachpolitiker\*innen in unserer Abgeordnetenhausfraktion vertreten werden. Die Landesarbeitsgemeinschaften spielen für diese Expertise und den gesamtstädtischen Blick auf Sachfragen eine große Rolle. Zudem wollen wir Menschen mit unterschiedlichen fachlichen Hintergründen für die Arbeit im Parlament gewinnen.

3) Das Frauenstatut gehört zu unserer grünen DNA und wurde von den Gründerinnen unserer Partei hart erkämpft. Auf dem Landesausschuss vom 16.12.2020 haben wir einen Beschluss gefasst, dass wir uns im Sinne einer echten Ergebnisparität und Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit für ein Paritätsgesetz für Berlin aussprechen, wonach Listen für Wahlen geschlechterparitätisch besetzt werden müssen. Bei der Wahl von Direktkandidierenden für die Wahlkreise ist eine verpflichtende paritätische Besetzung der aussichtsreichen Wahlkreise rechtlich nicht möglich, da jede Position einzeln besetzt wird. Umso wichtiger ist es, dass bei der Aufstellung der Liste eine geschlechterparitätische Besetzung gewährleistet ist. Außerdem fordern wir alle Kreisverbände zusätzlich auf, die Einhaltung des Frauenstatuts auch bei der Besetzung der aussichtsreichen Wahlkreise zu gewährleisten.

4) Berlin ist eine bunte und vielfältige Stadt. Um unserem Anspruch gerecht zu werden, alle Bevölkerungsgruppen politisch vertreten zu können, müssen sich diese auch in unserer Abgeordnetenhausfraktion wiederfinden. Wir fordern daher vom Landesvorstand Maßnahmen ein, mit denen Angehörige unterrepräsentierter Gruppen aktiv zu einer Kandidatur für das Abgeordnetenhaus ermutigt und befähigt werden und das Listenaufstellungsverfahren auch so zu gestalten.

5) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine Partei, die überdurchschnittlich stark von jüngeren Menschen gewählt wird. Um unserem Selbstverständnis als zukunftsorientierter Partei und den jungen Menschen gerecht zu werden, die von uns einfordern, dass Politik auch an zukünftige Generationen denkt, muss sichergestellt sein, dass auch die GRÜNE JUGEND Berlin in unserer Abgeordnetenhausfraktion vertreten ist.

6) Die Nachwuchsförderung hat in unserer Partei eine lange Tradition. Eine gerechte Chancenverteilung zwischen Berufspolitiker\*innen und Neulingen im innerparteilichen Wettbewerb ist uns wichtig, um neuen Ideen Raum zu geben. Wir unterstützen daher die Neuenquote für die Abgeordnetenhausliste und fordern, sicherzustellen, dass auch zukünftig Parteimitglieder, die noch nie einem Parlament angehört haben, in signifikanter Zahl im Abgeordnetenhaus vertreten sein können.

**Beschluss** Der fahrradgerechte Umbau der Grunewaldstraße darf nicht weiter verschleppt und verwässert werden!

Gremium: MVV  
Beschlussdatum: 16.03.2024  
Tagesordnungspunkt: 0.6. Anträge

## Antragstext

27 Angesichts der dringenden Notwendigkeit, die Sicherheit und Attraktivität des  
28 Radfahrens in unserem Bezirk zu erhöhen, fordern wir eine umgehende Umsetzung  
29 des Ausbaus der Radinfrastruktur in der Grunewaldstraße und damit der Umsetzung  
30 des Mobilitätsgesetzes:

31 1. Sofortige Bereitstellung der zugesagten Mittel durch die Senatsverwaltung für  
32 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, um den Beginn der Bauarbeiten zu  
33 ermöglichen. Die versprochenen Verbesserungen dürfen nicht durch politische oder  
34 bürokratische Hürden verzögert werden.

35 2. Integration der ursprünglich geplanten Schutzelemente, insbesondere der  
36 Leitbaken, einer ausreichenden Radwegbreite und Führung der Radspur am rechten  
37 Fahrbahnrand, um ein sicheres Überholen zu gewährleisten und die Dooring-Gefahr  
38 zu minimieren. Diese Maßnahmen sind essentiell, um die Sicherheit der  
39 Radfahrenden zu garantieren und dem Anspruch des Berliner Mobilitätsgesetzes  
40 gerecht zu werden.

41 3. Einrichtung klar definierter und sicherer Lieferzonen, um Konflikte zwischen  
42 Lieferverkehr und Radverkehr zu vermeiden und gleichzeitig die Bedürfnisse der  
43 lokalen Gewerbetreibenden zu berücksichtigen.

44 4. Transparente Kommunikation und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger sowie  
45 aller relevanten Interessengruppen in den Planungsprozess, um eine breite  
46 Akzeptanz und Unterstützung für das Projekt zu sichern.

47 5. Erstellung eines verbindlichen Zeitplans für die Umsetzung um den  
48 Bürger\*innen und den Gewerbetreibenden in der Grunewaldstraße Planungssicherheit  
49 zu bieten.

50 Wir fordern die Senatsverwaltung auf, ihrer Verantwortung für die Umsetzung des  
51 Berliner Mobilitätsgesetzes nachzukommen und den Radwegeausbau in der  
52 Grunewaldstraße ohne weitere Verzögerungen voranzutreiben.

## Beschluss Volksentscheid achten! Das Tempelhofer Feld darf nicht bebaut werden.

Gremium: MVV  
Beschlussdatum: 16.03.2024  
Tagesordnungspunkt: 0.6. Anträge

### Antragstext

53 Das Tempelhofer Feld darf laut Volksentscheid von 2014 und dem Tempelhofer Feld  
54 - Gesetz nicht bebaut werden. Der schwarz-rote Senat plant jedoch seit längerem  
55 eine Bebauung und will diese jetzt sukzessive umsetzen. Anfang Dezember wurden  
56 die Pläne für einen internationalen Ideenwettbewerb und eine „Bürgerwerkstatt“  
57 zu einer möglichen Bebauung vorgestellt, die im April 2024 starten soll. Dabei  
58 soll es nicht um das „Ob“, sondern nur um das „Wie“ gehen. Für dieses Verfahren  
59 sind 3 Mio. Euro eingeplant, Geld, das dringend an anderer Stelle benötigt wird!  
60 Im Anschluss will der Senat nach jetzigem Stand einen „Volksentscheid von oben“  
61 durchführen, wobei völlig offengelassen wird, in welcher Form dies passieren  
62 soll. Damit führt der Senat eine Planung gegen den Volksentscheid durch und  
63 missachtet die demokratische Willensbildung der Berliner:innen.

64 Das Tempelhofer Feld darf nicht bebaut werden und muss als großes  
65 Naherholungsgebiet und als „Grüne Lunge“ Berlins erhalten bleiben. Der  
66 Volksentscheid von 2014 muss geachtet und die demokratische Willensbildung der  
67 Berliner:innen vom Senat respektiert werden.

### Begründung

Das Tempelhofer Feld ist mit über 350 Hektar Fläche die größte innerstädtische Freifläche Berlins und damit ein wichtiger Raum für das Klima der Stadt und ein wertvoller Erholungsort für alle Berliner:innen.

Das Tempelhofer Feld hat eine besondere Bedeutung für das Stadtklima und ist mit seinen großen Wiesenflächen sehr bedeutsam als Kaltluftentstehungsgebiet. Die Fläche ist eine „Grüne Lunge“ für Berlin, die großen Freiflächen haben eine wichtige Ausgleichsfunktion für die dichter besiedelten Innenstadtbereiche. Eine Bebauung würde den Luftaustausch in die angrenzenden Stadtgebiete nachhaltig negativ beeinflussen.

Zudem bietet das Tempelhofer Feld einen wichtigen Schon- und Schutzraum für Pflanzen und Tiere; den äußeren Teil des Feldes kommt eine wichtige Pufferfunktion für den wertvollen Lebensraum zu.

Auf dem Tempelhofer Feld sind viele gemeinwohlorientierte Initiativen angesiedelt, die sich in verschiedenen temporären Projekten mit ökologischen, kulturellen, sozialen Themen befassen. Es sind Gemeinschaftsgärten und Lernorte, mobile Fahrradwerkstätten und Grüne Klassenzimmer entstanden. Das Engagement der Bürger:innen wird hier durch die Größe und Offenheit des Tempelhofer Feldes besonders gefördert; dieses lässt sehr viel Spielraum für unterschiedliche Ideen und Initiativen.

Nicht nur durch seinen Beitrag zum Stadtklima, sondern auch durch seine Größe und die zahlreichen etablierten Sportmöglichkeiten trägt das Feld zur psychischen und physischen Gesundheit der Menschen in unserer Stadt bei. Joggen, Radfahren, Baseball, Skaten, Tanzen, Kitesurfen, Fußball, Spaziergehen, Basketball und vieles mehr – hier halten sich die Berliner:innen in sicherer und dafür geeigneter Umgebung durch ihre Lieblingssportarten fit.

Durch seine Größe und seine Lage bietet das Tempelhofer Feld allen Menschen und unterschiedlichen sozialen Gruppen eine Fläche mit hohem Erholungswert und vielen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Es bietet einen Raum der Begegnung aller sozialen Schichten und Kulturen. Damit kommt dem Tempelhofer Feld neben dem Freizeit- und Erholungswert eine große gesellschaftliche Bedeutung zu.

Das Tempelhofer Feld ist ein Ort der Geschichte und ein Zeugnis für Bürger:innenbeteiligung und demokratische Entscheidungsprozesse. 2014 haben sich in einem Volksentscheid 64,3 % der Abstimmenden für einen Gesetzesentwurf der Initiative 100% Tempelhofer Feld und gegen eine Bebauung des Feldes ausgesprochen. Unter der rot-grün-roten Landesregierung wurde eine Bebauung des Feldes definitiv ausgeschlossen, jetzt plant der schwarz-rote Senat einen „Volksentscheid von oben“, um damit die Bebauung des Tempelhofer Feldes zu ermöglichen und Wohnraum zu schaffen. Nicht weit vom Tempelhofer Feld entfernt wird mit der Neuen Mitte Tempelhof seit Jahren ein Stadtquartier mit 500 dringend gebrauchten Wohnungen geplant, aber nicht umgesetzt. Eine Bebauung des Tempelhofer Feldes zu planen würde Jahre dauern und die aktuellen Wohnprobleme in keinsten Weise lösen!

Das Vorgehen des Senats ist in der Berliner Landesverfassung nicht vorgesehen und eine Scheinbeteiligung der Bürger:innen; der Senat lässt mit seinem Plan jeden Respekt vor demokratischer Mitbestimmung vermissen. Wir erwarten, dass der Willen der Bürger:innen, der in einem demokratischen Prozess geäußert wurde, respektiert und ernstgenommen wird.

**Beschluss** Schnelle Realisierung des Gesundheits- und Ausbildungscampus Wenckebach und des Stadtquartiers Neue Mitte Tempelhof sind zentral, um Tempelhof zukunftsfähig zu machen!

Gremium: MVV  
Beschlussdatum: 16.03.2024  
Tagesordnungspunkt: 0.6. Anträge

## Antragstext

68 Wir stehen fest hinter der Forderung nach einer schnellen Realisierung des  
69 Gesundheits- und Ausbildungscampus Wenckebach und des Stadtquartiers Neue Mitte  
70 Tempelhof.

71 1. Die Einrichtung eines integrierten Ausbildungscampus auf dem Gelände des  
72 Wenckebach-Klinikums als Antwort auf den Fachkräftemangel und den steigenden  
73 Pflegebedarf ist von entscheidender Bedeutung.

74 Hier kann ein zentraler und moderner Lern- und Lehrort für die Ausbildung im  
75 Gesundheitswesen entstehen, der mit rund dreitausendsechshundert  
76 Ausbildungsplätzen für eine zukunftssichere Versorgung der Bevölkerung sorgen  
77 kann. Für die weitere Planung benötigt Vivantes in 2024 und 2025 insgesamt 24  
78 Millionen Euro. Im aktuellen Landeshaushalt finden sich dazu jedoch kein  
79 einziger Cent. CDU und SPD werden damit gegenüber ihrem eigenen  
80 Koalitionsvertrag wortbrüchig. Hinterlegt sind dagegen noch von der rot-grün-  
81 roten Koalition Planungsmittel in Höhe von 10 Millionen Euro im SIWA-  
82 Sondervermögen. Auch in der Investitionsplanung berücksichtigt Schwarz-Rot nur  
83 anteilig Mittel für den ersten Bauabschnitt. Damit sind sowohl der Zeitplan als  
84 auch die bauliche Entwicklung des neuen Ausbildungscampus akut gefährdet. Wir  
85 fordern den Senat auf, hier schnellstmöglich nachzusteuern und diese  
86 Zukunftsinvestition haushalterisch abzusichern. Dabei sollte der Senat Mittel  
87 über das Landesprogramm für Integrierte Versorgung in Betracht ziehen.

88 2. Der Gesundheitsstandort Wenckebach soll darüberhinaus entsprechend der  
89 Resultate der Bedarfsanalyse als zukunftsfähiges Versorgungsangebot für die  
90 Anwohner:innen in Tempelhof weiterentwickelt werden. Gesundheitsversorgung muss  
91 regional gedacht und niedrigschwellig, zielgruppenspezifisch und  
92 sektorenübergreifend gestaltet werden. Dafür fordern wir alle beteiligten  
93 Protagonisten in Bezirk, Land und vom Träger auf, die Zukunft der  
94 Gesundheitsversorgung am Standort Wenckebach im Sinne der hier lebenden Menschen  
95 zu unterstützen.

96 3. Wir unterstützen die Entwicklung der Neuen Mitte Tempelhof als sozial- und  
97 generationsgemischtes, grünes und klimaneutrales Zentrum. Nicht mal einen  
98 Kilometer vom Tempelhofer Feld entfernt plant hier der Bezirk seit vielen Jahren  
99 ein neues Stadtquartier mit Kultur- und Bildungsangeboten, mit einem neuen  
100 Schwimmbad, mit der Sanierung und Erweiterung des Rathauses – und 500 dringend  
101 gebrauchten, neuen Wohneinheiten. Die Pläne des schwarz-roten Senats, das  
102 Tempelhofer Feld zu bebauen, lehnen wir ab. Stattdessen fordern wir, dass die  
103 fertigen Konzepte für die Neue Mitte Tempelhof genutzt und ausreichend  
104 finanziert werden, um eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen. Für die  
105 Umsetzung dieser Planungen sind derzeit weder im aktuellen Landeshaushalt noch  
106 in der Investitionsplanung von Schwarz-Rot Mittel vorgesehen. Damit ist nicht  
107 einmal der erste Entwicklungsschritt, der Neubau der Polizeiwache in der

108 Götzstraße, gesichert. Das kritisieren wir scharf. Wir setzen uns dafür ein,  
109 dass die Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung des Projektes aktiv gefördert  
110 wird.

111 4. Es ist wichtig, zeitgemäße Lösungen für den Verkehr und die Mobilität am  
112 Tempelhofer Damm sowie ein integriertes Konzept zum Klimaschutz und zur -  
113 anpassung für den Gesundheitsstandort Wenckebach und die Neue Mitte Tempelhof zu  
114 entwickeln und umzusetzen. Es soll nicht durch geschaffene Anreize zu einer  
115 Erhöhung des motorisierten Individualverkehrs kommen. Wir fordern, dass diese  
116 Konzepte eng mit den Anwohnenden und lokalen Interessengruppen abgestimmt  
117 werden, um die Akzeptanz und Wirksamkeit sicherzustellen.

## Beschluss Tempelhof-Schöneberg: Gemeinsam gegen Einsamkeit

Gremium: MVV  
Beschlussdatum: 16.03.2024  
Tagesordnungspunkt: 0.6. Anträge

### Antragstext

118 Einsamkeit liegt oft im Verborgenen und ist dabei doch eines der größten  
119 gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit – das auch noch kontinuierlich wächst.  
120 Dabei muss uns allen klar sein: Einsamkeit betrifft alle Menschen. Menschen  
121 höheren Alters, junge Erwachsene, Mütter und Kinder. Einsamkeit kennt weder  
122 Alter noch Geschlechtsidentität.

123 Gerade als Partei, zu deren Grundsätzen soziale Gerechtigkeit, Gesundheit und  
124 Lebensqualität gehört, müssen wir uns diesem Thema stärker widmen. Dabei ist die  
125 Herausforderung groß, denn: die Politik allein kann dieses Problem nicht lösen.

126 Deshalb beschließen wir als Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg, dass wir  
127 uns nicht nur in politischen Gremien, sondern auch zivilgesellschaftlich der  
128 Bekämpfung von Einsamkeit verschreiben wollen. Dafür wollen wir stärker mit  
129 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen in den Austausch treten.  
130 Wir wollen niedrigschwellige Angebote politisch unterstützen, aber gerade auch  
131 personell aktiv den Kampf gegen Einsamkeit in Tempelhof-Schöneberg unterstützen.  
132 Es geht uns darum, mit unserem Engagement weitere Menschen, gerade  
133 parteiunabhängige Personen, dafür zu mobilisieren, Einsamkeit in ihrem Umfeld zu  
134 thematisieren und zu bekämpfen.

135 Unsere klare Haltung: Einsamkeit ist kein parteipolitisches Thema. Einsamkeit  
136 lässt sich nur bekämpfen, wenn alle mit anpacken. Dafür wollen wir als  
137 kommunaler Akteur Schritte in die richtige Richtung gehen.



## Beschluss Klare Prioritäten setzen: S-Bahnhof Kamenzer Damm und Regionalzughalt an der Buckower Chaussee konsequent voranbringen!

Gremium: MVV  
Beschlussdatum: 16.03.2024  
Tagesordnungspunkt: 0.6. Anträge

### Antragstext

138 Der Berliner Süden vollzieht eine beachtliche Entwicklung. Mit  
139 Industrieansiedlungen etwa im Technologie-orientierten Marienpark (heute vor  
140 allem Brauereistandort, künftig u.a. 3D-Ersatzteilproduktion für die Deutschen  
141 Bahn), mit Stadtentwicklungsprojekten wie in Lichterfelde Süd, mit dem  
142 Neuköllner Wohnquartier „Buckower Felder“ oder wie der Uni-Campus des  
143 Anlagenbauers Schindler sind nur die Leuchttürme einer Entwicklung benannt, die  
144 wir im Süden aktiv mitgestalten, die uns aber auch vor Herausforderungen stellt.

145 Insbesondere auf unserem Bezirksterritorium wird der Bedarf an leistungsfähigen  
146 ÖPNV-Angeboten weiter zunehmen. Durch attraktive Angebote wie dem Deutschland-  
147 Ticket sehen wir auch eine Gerechtigkeitsfrage darin, hier arbeitenden und/oder  
148 wohnenden Menschen die Nutzung schienengebundener Verkehrsmittel zu ermöglichen.  
149 Schon jetzt warten mehr als 300.000 Menschen im 5-Kilometer-Radius der geplanten  
150 S-Bahn-Station „Kamenzer Damm“ und des bereits im Bau befindlichen  
151 Regionalbahnhofs „Buckower Chaussee“ darauf, endlich auch „zum Zug zu kommen“.

152 Zum Regionalbahnhof „Buckower Chaussee“ ist deshalb vom Senat dringend eine  
153 Einigung mit dem Land Brandenburg zu erzielen. Es geht darum, wie der  
154 zusätzliche Halt fahrplanerisch eingetaktet werden kann, ohne die Trasse für den  
155 Fernverkehr und übrige Regionalverkehre unbrauchbar zu machen. Gleichwohl kann  
156 es nicht darum gehen, dass die Trasse nur freie Fahrt bis zu den  
157 Innenstadtbahnhöfen gewährleistet. Sie hat eine wichtige Entlastungsfunktion  
158 dabei, den zunehmenden Stadt-Umland-Verkehr insbesondere zum Flughafen und seine  
159 umliegenden Wirtschaftsflächen von der Straße zu nehmen. Durch dieses weiteren  
160 Verkehrsangebot können Lärm und Luftverschmutzung für die betroffenen  
161 Wohnsiedlungen geringgehalten werden. Ziel muss es sein, den  
162 Regionalverkehrshalt Buckower Chaussee zum nächstmöglichen Zeitpunkt nach  
163 baulicher Fertigstellung des neuen Bahnhofs in Betrieb nehmen zu können!

164 Wir fordern den Senat zudem nachdrücklich auf, die Priorität darauf zu legen,  
165 eine Inbetriebnahme des S-Bahn-Halts „Kamenzer Damm“ noch deutlich vor 2028  
166 möglich zu machen. Insbesondere auf dem Gelände des Innovationsquartiers  
167 Marienpark zwischen AttilasträÙe und Marienfelde hängt die Entwicklung  
168 entscheidend davon ab, dass die Beschäftigten und der Besuchsverkehr mit der S-  
169 Bahn dorthin gelangt.

170 Deshalb sollten jetzt alle erforderlichen planerischen Schritte, die bereits vor  
171 Fertigstellung der Dresdner Bahn im kommenden Jahr erfolgen können, bereits  
172 vorgenommen oder so vorbereitet werden, dass sie eingeleitet werden können,  
173 sobald es rechtlich und technisch möglich ist.

174 Zugleich muss der Senat mit seiner Investitionsplanung dafür Sorge tragen, dass  
175 einem raschen Baubeginn nach Abschluss der Dresdner Bahn nichts mehr im Wege  
176 steht. Hierfür sind nicht nur an behördliche Ressourcen zu denken, die  
177 bekanntlich knapp sind. Es soll auch auf das Angebot der Nutzerinnen und Nutzer

178 des Marienparks eingegangen werden, für die schnellstmögliche Realisierung  
179 dieser S-Bahn-Anbindung gemeinsam mit Senat und Bahn kreative Wege zu denken und  
180 zu gehen. Dabei genießen sie unsere Sympathie und Unterstützung.

## Beschluss Praktiker\*innen - Wenn's gut werden muss!

Gremium: MVV  
Beschlussdatum: 16.03.2024  
Tagesordnungspunkt: 0.6. Anträge

### Antragstext

- 181 Der bündnisgrüne Kreisverband Tempelhof-Schöneberg setzt sich selbst das Ziel,  
182 mehr Nicht-Akademiker\*innen (ab hier Praktiker\*innen) anzusprechen, darin zu  
183 unterstützen langfristig im Kreisverband aktiv zu werden und auch  
184 Verantwortungspositionen in der Partei anzustreben sowie zu übernehmen.
- 185 Der Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg wird im Rahmen einer  
186 Bezirksgruppe und auf Grundlage der Ergebnisse der vom Kreisvorstand  
187 durchgeführten Diversity Umfrage thematisieren, warum die Gruppe der „Nicht-  
188 Akademiker\*innen“ im Kreisverband unterrepräsentiert ist. Hierzu sollen vor  
189 allem auch diejenigen zu Wort kommen, die dieser Gruppe angehören.
- 190 Dafür ergreift der Kreisvorstand konkrete Maßnahmen, um eine Selbstvertretung  
191 von Praktiker\*innen zu unterstützen. Untere anderem soll sich daraus ergeben,  
192 dass:
- 193 - Praktiker\*innen sich selbst Räume schaffen und einnehmen.
  - 194 - Praktiker\*innen an der Kommunikation über und mit der Zielgruppe  
195 "Praktiker\*innen" aktiv beteiligt werden.
  - 196 - Praktiker\*innen ermutigt und unterstützt werden, selbst  
197 Verantwortungspositionen zu erstreben und einzunehmen.
- 198 Es sollen gemeinsam Maßnahmen entwickelt werden, wie zum einen „Nicht-  
199 Akademiker\*innen“ im Kreisverband besser unterstützt und gefördert werden können  
200 als auch wie der Kreisverband nach außen hin diese Zielgruppe besser adressieren  
201 kann. Bei der nächsten MVV sollen die Mitglieder über vereinbarte Maßnahmen  
202 informiert und ggs. ein Beschluss der MVV herbeigeführt werden.
- 203 - Die Perspektive und Vertretung von Praktiker\*innen bei personellen  
204 Entscheidungen aktiv eingefordert und einbezogen wird.

## Beschluss Geflüchtetenunterkunft am ehemaligen Flughafengebäude Tempelhof mit medizinischer Grundversorgung ausstatten

Gremium: MVV  
Beschlussdatum: 16.03.2024  
Tagesordnungspunkt: 0.6. Anträge

### Antragstext

205 Auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof sind in drei verschiedenen  
206 Großunterkünften derzeit 2.400 geflüchtete Menschen untergebracht. Die  
207 Versorgung der Menschen dort ist sehr problematisch und vor allem eine  
208 medizinische Versorgung vor Ort nicht gewährleistet.

209 Auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof befinden sich drei  
210 Großunterkunftsstandorte für geflüchtete Menschen, welche keine medizinische  
211 Versorgung vor Ort haben. Dringend erforderlich ist eine auskömmliche  
212 medizinische Versorgung, um akute sowie behandlungspflichtige chronische  
213 Erkrankungen zu behandeln und verschreibungspflichtige Medikamente ausstellen zu  
214 können. Die Hausärzt:innen in der Umgebung sind komplett überfordert und müssen  
215 - genauso wie die in der Nähe liegenden Krankenhäuser - behandlungsbedürftige  
216 Geflüchtete wieder zurückschicken. Seit Dezember 2022 wird vom Senat  
217 versprochen, einen Medibus auf dem Gelände zu installieren. Die notwendigen  
218 Finanzen wurden über den Aktionsplan Ukraine zur Verfügung gestellt, bisher aber  
219 nicht entsprechend eingesetzt. Daneben fehlen die räumlichen Möglichkeiten für  
220 qualifizierte Quarantänebereiche, die für übertragbare Erkrankungen erforderlich  
221 sind.

222 Wichtig zur Sicherstellung einer auskömmlichen medizinischen Versorgung ist  
223 außerdem ein Angebot zur Übersetzung im medizinischen Kontext, bei Arztbesuchen.  
224 Hier bedarf es zusätzlicher Sprachmittlungsangebote und Gesundheitslots:innen.

225 Viele der geflüchteten Menschen mit traumatischen Erfahrungen und Verlusten  
226 benötigen neben der grundlegenden medizinischen Versorgung eine psychiatrische/  
227 psychotherapeutische Betreuung, um sich zu stabilisieren und mit den aktuellen  
228 Lebensbedingungen zurecht zu kommen. Es müssen die räumlichen und personellen  
229 Voraussetzungen für die psychosoziale Begleitung der Menschen geschaffen werden.

230 Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg fordern den Senat auf, den  
231 wiederholten Ankündigungen endlich Taten folgen zu lassen. Der Regierende  
232 Bürgermeister Kai Wegner muss mit dem senatseigenen Zuständigkeitspingpong ein  
233 Ende machen und den versprochenen und dringend benötigten Medipoint endlich  
234 umsetzen!

## Beschluss CO2 einsparen, Wohnungen schaffen, Baukultur fördern: Kein bedenkenloser Abriss des BIM-Gebäudes an der Urania!

Gremium: MVV  
Beschlussdatum: 16.03.2024  
Tagesordnungspunkt: 0.6. Anträge

### Antragstext

235 Das 60er Jahre-Hochhaus An der Urania 4-10 ist für den Abriss vorgesehen.  
236 Nachdem in direkter Nachbarschaft und im näheren Umkreis am Lützowplatz  
237 (Tiergarten) bereits etliche Gebäude von baukultureller Bedeutung modernen  
238 Investitionsprojekten weichen mussten, findet das im Eigentum des Landes Berlin  
239 befindliche Gebäude aus den 1960er Jahren nun prominente Befürworter:innen aus  
240 der Zivilgesellschaft, die eine ernsthafte Prüfung seines Erhalts fordern.

241 Über Geschmack lässt sich schlecht streiten. Die Bewertungen des Entwurfs aus  
242 der Feder Werner Düttmanns gehen sicherlich auseinander. Dennoch handelt es sich  
243 bei diesem Gebäude um ein wichtiges Beispiel Westberliner Architektur der  
244 Nachkriegszeit. Eine Sanierung würde dies wieder erkennbar machen.

245 Wichtiger noch: Das Klima lässt nicht mit sich streiten! Bestehende Gebäude zu  
246 sanieren ist klimafreundlicher, als sie abzureißen und neu zu bauen.  
247 Deutschlandweit ließen sich nach Berechnungen der Deutschen Umwelthilfe jährlich  
248 bis zu 1,1 Millionen Tonnen an CO2 einsparen.

249 Der Abriss und ein anschließender Neubau an der Stelle würden ca. 13.000 Tonnen  
250 CO2 emittieren, wie die Initiative „an.ders Urania“ darstellt, der namhafte  
251 Vertreter:innen der Fachwelt angehören. Hingegen würden eine Sanierung und  
252 Umnutzung als Wohngebäude voraussichtlich nur etwa 10 % dieser Emissionen  
253 verursachen.

254 Hinzu kommt, dass die Sanierung in der Regel auch finanziell günstiger ist als  
255 ein Abriss und Totalneubau. Vor dem Hintergrund der drastisch gestiegenen  
256 Baukosten stellt sich die Situation schon allein damit radikal anders dar als  
257 vor der Pandemie, als das Vorhaben entschieden wurde.

258 Es ist nicht miteinander zu vereinbaren, dass Berlin einerseits im neuen  
259 Bauinformationszentrum private Bauinteressenten kostenlos zu den Vorteilen von  
260 Sanierung und Umbau gegenüber Abriss und Neubau berät, sich andererseits in  
261 eigener Sache aber beratungsresistent zeigt!

262 Wir befürworten deshalb als Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen Berlin die  
263 Initiative von „anders.urania“ und den Antrag unserer Fraktion im  
264 Abgeordnetenhaus. Es geht darum, den Abriss jetzt zu stoppen und den Erhalt und  
265 Umbau des Hochhauses ernsthaft zu prüfen.

266 Wir stehen dafür ein, dass für eine klimagerechte Stadtentwicklung der Kreislauf  
267 von wiederholtem Abreißen und Neubauen durchbrochen werden muss.

268 Wir begrüßen, dass diese Einsicht, durch „an.ders Urania“ und weitere  
269 Initiativen ihren Weg in die Öffentlichkeit findet.

## Beschluss Klare Prioritäten setzen: S-Bahnhof Kamenzer Damm und Regionalzughalt an der Buckower Allee konsequent voranbringen!

Gremium: MVV  
Beschlussdatum: 16.03.2024  
Tagesordnungspunkt: 0.6. Anträge

### Antragstext

138 Der Berliner Süden vollzieht eine beachtliche Entwicklung. Mit  
139 Industrieansiedlungen etwa im Technologie-orientierten Marienpark (heute vor  
140 allem Brauereistandort, künftig u.a. 3D-Ersatzteilproduktion für die Deutschen  
141 Bahn), mit Stadtentwicklungsprojekten wie in Lichterfelde Süd, mit dem  
142 Neuköllner Wohnquartier „Buckower Felder“ oder wie der Uni-Campus des  
143 Anlagenbauers Schindler sind nur die Leuchttürme einer Entwicklung benannt, die  
144 wir im Süden aktiv mitgestalten, die uns aber auch vor Herausforderungen stellt.

145 Insbesondere auf unserem Bezirksterritorium wird der Bedarf an leistungsfähigen  
146 ÖPNV-Angeboten weiter zunehmen. Durch attraktive Angebote wie dem Deutschland-  
147 Ticket sehen wir auch eine Gerechtigkeitsfrage darin, hier arbeitenden und/oder  
148 wohnenden Menschen die Nutzung schienengebundener Verkehrsmittel zu ermöglichen.  
149 Schon jetzt warten mehr als 300.000 Menschen im 5-Kilometer-Radius der geplanten  
150 S-Bahn-Station „Kamenzer Damm“ und des bereits im Bau befindlichen  
151 Regionalbahnhofs „Buckower Chaussee“ darauf, endlich auch „zum Zug zu kommen“.

152 Zum Regionalbahnhof „Buckower Chaussee“ ist deshalb vom Senat dringend eine  
153 Einigung mit dem Land Brandenburg zu erzielen. Es geht darum, wie der  
154 zusätzliche Halt fahrplanerisch eingetaktet werden kann, ohne die Trasse für den  
155 Fernverkehr und übrige Regionalverkehre unbrauchbar zu machen. Gleichwohl kann  
156 es nicht darum gehen, dass die Trasse nur freie Fahrt bis zu den  
157 Innenstadtbahnhöfen gewährleistet. Sie hat eine wichtige Entlastungsfunktion  
158 dabei, den zunehmenden Stadt-Umland-Verkehr insbesondere zum Flughafen und seine  
159 umliegenden Wirtschaftsflächen von der Straße zu nehmen. Durch dieses weiteren  
160 Verkehrsangebot können Lärm und Luftverschmutzung für die betroffenen  
161 Wohnsiedlungen geringgehalten werden. Ziel muss es sein, den  
162 Regionalverkehrshalt Buckower Chaussee zum nächstmöglichen Zeitpunkt nach  
163 baulicher Fertigstellung des neuen Bahnhofs in Betrieb nehmen zu können!

164 Wir fordern den Senat zudem nachdrücklich auf, die Priorität darauf zu legen,  
165 eine Inbetriebnahme des S-Bahn-Halts „Kamenzer Damm“ noch deutlich vor 2028  
166 möglich zu machen. Insbesondere auf dem Gelände des Innovationsquartiers  
167 Marienpark zwischen Attilastraße und Marienfelde hängt die Entwicklung  
168 entscheidend davon ab, dass die Beschäftigten und der Besuchsverkehr mit der S-  
169 Bahn dorthin gelangt.

170 Deshalb sollten jetzt alle erforderlichen planerischen Schritte, die bereits vor  
171 Fertigstellung der Dresdner Bahn im kommenden Jahr erfolgen können, bereits  
172 vorgenommen oder so vorbereitet werden, dass sie eingeleitet werden können,  
173 sobald es rechtlich und technisch möglich ist.

174 Zugleich muss der Senat mit seiner Investitionsplanung dafür Sorge tragen, dass  
175 einem raschen Baubeginn nach Abschluss der Dresdner Bahn nichts mehr im Wege  
176 steht. Hierfür sind nicht nur an behördliche Ressourcen zu denken, die  
177 bekanntlich knapp sind. Es soll auch auf das Angebot der Nutzerinnen und Nutzer

178 des Marienparks eingegangen werden, für die schnellstmögliche Realisierung  
179 dieser S-Bahn-Anbindung gemeinsam mit Senat und Bahn kreative Wege zu denken und  
180 zu gehen. Dabei genießen sie unsere Sympathie und Unterstützung.